GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

Sprechen und Schweigen in der Demokratie: Ideale politischer Kommunikation und mediatisierte „Massendemokratien“

Holland-Cunz, Barbara

2006

https://doi.org/10.25595/3091

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Holland-Cunz, Barbara: *Sprechen und Schweigen in der Demokratie: Ideale politischer Kommunikation und mediatisierte „Massendemokratien“*, in: Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 15 (2006) Nr: 2, 21–32. DOI: https://doi.org/10.25595/3091.

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Sprechen und Schweigen in der Demokratie

Ideale politischer Kommunikation und mediatisierte „Massendemokratien"

Barbara Holland-Cunz

Hannah Arendt und die Schwatzhaftigkeit der Demokratie

„Stumm ist nur die Gewalt ...", verkündet Hannah Arendt (1989, 29) in der ihr eigenen apodiktischen Weise auf den ersten Seiten der *Vita Activa*. In Arendts berühmter Konturierung der politischen Öffentlichkeit als Raum demokratischer Macht und Freiheit wird bekanntlich das Handeln/Sprechen als die eigentlich menschliche Tätigkeit definiert und die Polis gilt als der Ort, an dem diese würdige Aktivität erstmals und nach wie vor beispielhaft praktiziert wurde: „...eben weil die griechische Lebensform sich dadurch auszeichnete, daß sie vom Reden bestimmt war und daß das zentrale Anliegen der Bürger das Miteinander-Sprechen war" (Arendt 1989, 30). Die Polis ist deshalb „nicht ohne Grund als die ‚schwatzhafteste' aller Staatsformen" bezeichnet worden, so Arendt (1989, 29, Burckhardt zitierend). In dieser „schwatzhaftesten" aller Staatsformen waren sich, Arendt (1989, 43) zufolge, die Bürger „wohl bewusst", dass nur durch die Begrenzung ihrer Zahl dem Handeln/Sprechen Vorrang gegeben werden konnte. „Große Anhäufungen von Menschen entwickeln eine nahezu automatische Tendenz zu despotischen Herrschaftsformen, sei es nun die despotische Herrschaft eines Mannes oder der Despotismus von Majoritäten." (Arendt 1989, 43f.). „Große Anhäufungen von Menschen", darin ist sich Arendt (1989, 44) mit den Griechen einig, bergen die Gefahr, Konformismus und Automatismus „ein(zu)schleppen". Arendts (1989: 44, 41, 252, 249) polemische Verve gegen das „uniformierte Sich-Verhalten", gegen die „heutige(n) Massengesellschaft", die „Verlassenheit des Massenmenschen", gegen Massenbewegungen, Weltentfremdung etc. hat hier den zentralen Ausgangspunkt. Folgt man/frau für einen Moment Arendts demokratietheoretischer Intention, so ließe sich folgende These formulieren: Nur demokratische Schwatzhaftigkeit hilft gegen Massenmenschen, Massenbewegungen, Massengesellschaften, gegen die Stummheit der Gewalt und das Nicht-Miteinander-Sprechen. Dem entsprechend lobt Arendt (1994) in *Über die Revolution* die Schwatzhaftigkeit der Amerikanischen gegenüber der Gewalttätigkeit der Französischen Revolution. Die französischen RevolutionärInnen stürmten und kämpften mit Waffen; in den US-amerikanischen *townhall meetings* war stattdessen „eine Art von Verfassungsfieber ausgebrochen", das dazu führte, dass die BürgerInnen den Verfassungstext „Abschnitt für Abschnitt und bis in alle Details" miteinander diskutierten (Arendt 1994: 183, 188).

Die demokratietheoretische Polarisierung, die sich im Anschluss an Arendt umreißen lässt, fällt ziemlich drastisch aus: hier die wunderbare demokratische Schwatzhaftigkeit, dort die stumme Instrumentalität der Gewalt und das Nicht-Miteinander-Sprechen, u.a. in und durch Massen. Das sind schlechte Aussichten für heutige Demokratien, die a) gerne unter den Begriff „Massendemokratie" rubriziert werden, b) politische Kommunikation zwischen „großen Anhäufungen von Menschen„ zu organisieren haben und c) deshalb häufig nur eine mediatisierte Form politischen Handelns/Sprechens zulassen, zumal d) die öffentliche Agora schon längst in ein privates Einkaufszentrum verwandelt wurde (vgl. Klein 2001, 192ff.). Sowohl die reine Zahl von vielen Millionen politisch Handelnder/Sprechender als auch die fortschreitende Entpolitisierung, Mediatisierung und Ökonomisierung öffentlicher Räume lassen Arendts Vorstellung vom demokratischen „Miteinander-Sprechen" wie eine Utopie erscheinen. Das Sprechen in Arendts Demokratievorstellung ist gekennzeichnet durch ein persönliches Sich-Offenbaren und einen öffentlichen Face-to-Face-Wettstreit um die beste Lösung (vgl. Arendt 1989; vgl. auch Honig 1994).

Utopische und theoretische Ideale demokratischer Kommunikation

Es scheint mir kein Zufall zu sein, dass gerade die feministischen UtopistInnen der siebziger Jahre demokratische „Schwatzhaftigkeit" ins Zentrum ihrer Visionen gestellt haben. Drei Beispiele seien hier kurz angeführt. In Marge Piercys 1976 erschienenem utopischen Roman *Frau am Abgrund der Zeit* (1996) spielt sich folgende Szene ab: Connie, Besucherin der utopischen Gesellschaft aus dem zeitgenössischen New York, kommentiert im Gespräch mit Utopias Bewohnerin Luciente die rätedemokratische Entscheidungsstruktur der Utopie so: „Ihr müßt ja furchtbar viel Zeit in Versammlungen verbringen". Luciente erklärt: „Wenn die Menschen über ihr Leben bestimmen wollen, geht das nur, wenn sie eine Menge Zeit in Versammlungen verbringen". Und: „Wir streiten miteinander, bis wir am Ende Übereinstimmung erzielen. Vorher hören wir nicht auf. Ach, manchmal ist das abscheulich. Deprimierend" (ebd., 185). Zeitaufwendige Debatten voller Kontroversen gelten Piercys UtopierInnen als demokratisch unverzichtbar. „Bekommt ihr euch denn nicht mal satt?" befragt Connie dieses für sie höchst unverständliche Demokratiekonzept (ebd., 186). Auch in Ursula K. Le Guins *Planet der Habenichtse* (1981) von 1974 wird lange und reichlich schwatzhaft debattiert und gestritten; die Autorin konturiert das Bild, dass sie von ihrer idealen Form demokratischen Sprechens gibt, folgendermaßen: „Eine ganze Sitzungsdebatte auf Anarres wiederzugeben, wäre schwierig; sie verlief schnell, oft sprachen mehrere Personen auf einmal, niemand sprach lange, die meisten unbeholfen, es gab viel Sarkasmus, vieles blieb ungesagt; der Ton war emotionsgeladen, wurde nicht selten hitzig und sehr persönlich; es kam zu einem Ende, jedoch zu keinem Schluß. Es war wie eine Diskussion unter Brüdern oder unter Gedanken in einem unentschlossenen Verstand." (ebd., 321). Zum Dritten schließlich ließe sich Ernest Callenbachs

Ökotopia (Callenbach 1982) aus dem Jahr 1975 anführen. Bei einem wichtigen und/oder bedrohlichen politischen Ereignis versammeln sich Callenbachs ÖkotopianerInnen „in größeren Gruppen angespannt" vor ihrem dezentralisierten, interaktiven Fernsehen, „...aber nicht auf die passive und unselbständige Art der Amerikaner – sie schreien es regelrecht an, und die Zentrale wird mit Bildtelefonanrufen überflutet." (ebd., 90). Obgleich in dieser Utopie bereits eine mediatisierte Form demokratischer Kommunikation existiert, entspricht diese Form dennoch in vieler Hinsicht dem Face-to-Face-Gespräch. Denn die politisch Verantwortlichen Ökotopias sehen sich gezwungen, „...innerhalb einer Stunde auf dem Bildschirm zu erscheinen und, in die Defensive gedrängt, aufgebrachten Bürgern Rede und Antwort zu stehen, die gezielte und unbequeme Fragen stellten ..." (ebd.).

Die Schwatzhaftigkeit, das Sprechen, die politische Kommunikation nehmen in den utopischen Demokratien eher selten eine mittelbare/mediatisierte (elektronische und/oder digitale) Form an. Dies ist allenfalls dann der Fall, wenn damit größere Gruppen spontan und direkt, d.h. zeitlich und räumlich aktiv einbezogen werden können, wenn also das mittelbare Sprechen politisch unmittelbare Partizipation erzeugt. Eine solche Vorstellung evoziert Benjamin Barbers *Starke Demokratie* (1994), in der ebenfalls das demokratische Sprechen im Zentrum steht, gleichwohl aber auch auf mittelbare/mediatisierte Weise gesprochen werden darf, um ein weit reichendes Maß an Beteiligung zu sichern. Barbers (ebd., 127) demokratietheoretische Formel lautet: „Eine starke demokratische Legitimation ist ... ohne anhaltende Gespräche undenkbar"; die Kommunikation der AktivbürgerInnen über ihre politischen Angelegenheiten ist das Erkennungszeichen einer starken Demokratie. Im Abschnitt „Politisches Sprechen: Allgemeine Merkmale" definiert Barber (ebd., 168ff.) einige unverzichtbare Aspekte demokratischer Kommunikation: „Im Zentrum der starken Demokratie steht das Sprechen." (ebd., 168). Zuhören ist dabei allerdings genauso wichtig wie Reden, Gefühl ebenso notwendig wie Verstand und die sprachliche Reflexion dient dem Handeln (vgl. ebd., 169). Barber unterscheidet interessanterweise das liberale Reden vom partizipatorischen Sprechen; ersteres prämiert das Zuhören, während letzteres einen „Akt der Kommunikation" darstellt, in dem äußern und empfangen, hören und sagen, einfühlen und ausdrücken gleichrangig sind (ebd., 170). Im Gegensatz zu Arendt unterstreicht Barber die Bedeutung des Schweigens. „Ein Maßstab für ein gelungenes politisches Gespräch ist tatsächlich, wie viel *Schweigen* es zulässt und fördert, denn das Schweigen ist jenes kostbare Medium, in welchem das Nachdenken gefördert wird und das Einfühlungsvermögen wachsen kann. Ohne das Schweigen gibt es nur das Geschwätz ..." (ebd., 171). Politik, so Barber (ebd., 169), würde „völlig verdörren" ohne das, was das Sprechen in sie hinein trägt: „Kreativität, Vielfalt, Offenheit und Flexibilität, ...Erfindungskraft, Entdeckergabe, Subtilität und Komplexität, ...Beredtheit, ...Vermögen zur Einfühlung und gefühlvollem Ausdruck ...". Barbers demokratisches Schweigen markiert demnach ein Kontrastbild zu Arendts antidemokratischer Stummheit.

In Barbers Konzeption des starkdemokratischen Gesprächs wird die Festlegung der Tagesordnung durch alle Beteiligten als „dauernde Aufgabe“ verstanden (ebd., 181); das Gespräch lässt „keine Autorität außer der des Gesprächsprozesses selbst“ (ebd., 183) zu. Wie in Le Guins Utopia gilt auch bei Barber (ebd., 185): „Da das Gespräch auf die unendliche Vielfalt menschlicher Erfahrung eingeht und zunächst einmal jede menschliche Perspektive als berechtigt ansieht, dienen ihm viele Stimmen mehr als eine. ... das von ihm angestrebte Miteinander schafft aus hundert verschiedenen Ansichten ein großes Bild.“. Demokratisches Sprechen kann, Barber (ebd., 203) zufolge, „neue Lösungen für alte Probleme anbieten“, gar „neue Visionen“ eröffnen. Dies ist das Wesen „öffentlichen Denkens“. In Barbers starker Demokratie sorgen spezifische institutionelle Verfahren dafür, dass die partizipatorischen Chancen aller BürgerInnen realisiert werden können (ebd., 241-291): in Nachbarschaftsversammlungen, durch nicht privatisierte TV-Versammlungen, einen politisch bildenden Videotext, durch Volksabstimmungen mit Multiple-Choice-Optionen, interaktive Kommunikationsformen. So wie die beiden feministischen Utopistinnen Piercy und Le Guin, deren ideale Gesellschaften keine geschlechtsspezifischen Unterschiede im demokratischen Gespräch mehr kennen und deren UtopierInnen in einer Form sprechen, die klassisch dem Sprechverhalten von Frauen zugeordnet werden kann, legt auch Barber (ebd., 188-192) Wert darauf, sein öffentliches Sprechen und Schweigen in Begriffen zu definieren, die diesem Register angehören. Bei Barber soll das demokratische Sprechen gefühlvoll, affektiv, empathisch, emphatisch, fast verwandtschaftlich, zugehörig, gemeinschaftsbezogen sein. Diese sozial weiblichen Kommunikationsformen – einschließlich des Schweigens bzw. des zugewandten Zuhörens – sind kein „Geschwätz“, sondern die einer wirklichen Demokratie angemessenen Formen; Demokratie braucht „anhaltende Gespräche“ (vgl. dazu auch Holland-Cunz 1998).

Kommunikative Realitäten in mediatisierten „Massendemokratien“

Die skizzierten Kommunikationsformen bei Arendt, Piercy und Le Guin, bei Callenbach und Barber sind von heutigen kommunikativen Realitäten weit entfernt. Weder zugewandtes Schweigen noch empathisches Sprechen, weder Unbeholfenheit noch persönliche Hitzigkeit, weder unbequeme Fragen im direkten Gespräch mit den Regierenden noch ein „Miteinander ... aus hundert verschiedenen Ansichten“, weder interaktives Fernsehen noch BürgerInnenversammlungen, weder eine Debatte ohne Ende noch eine Visionen eröffnende Sprache, weder Vielfalt noch Gemeinschaft, weder ehrwürdiger Wettstreit um das beste Argument noch gar ein „Verfassungsfieber“ bestimmen die öffentliche Kommunikation in liberalen Repräsentativdemokratien. Sie organisieren Öffentlichkeit stattdessen primär als mittelbare, von Medien dominierte, passive Publikums-Demokratie im Habermas’schen Sinne, eine Demokratie, in der die einen sprechen und die anderen zum Schweigen verurteilt sind. Dass die klassischen Formen öffentlicher Beratung und Diskussion, dass kritische Publizität an ihr

Ende gelangt sind, gehört zu den zentralen Ergebnissen, die der *Strukturwandel der Öffentlichkeit* festhält: „unter Bedingungen sozialstaatlicher Massendemokratie" (Habermas 1987, 294) verliert Öffentlichkeit ihre aktivbürgerInnenschaftliche, partizipatorische Dimension und wird zu einer vermachteten, refeudalisierten, manipulativ erzeugten Veranstaltung. „Massendemokratien" operieren vor allem durch Medien, Öffentlichkeit verkommt zum mediatisierten Gespräch – Talk-Show-Geschwätz auf der einen, Stummheit auf der anderen Seite (zum aktuellen Forschungsstand zur „Mediengesellschaft" vgl. Jarren/Donges 2002a, b).

Dass der Begriff der „Massendemokratie", zumal versehen mit dem Zusatz „mediatisiert", keine sehr freundliche Beschreibung für die aktuelle demokratiepolitische Lage ist, sollte vielleicht noch einmal ausdrücklich betont werden. Habermas' Analyse des Strukturwandels der Öffentlichkeit verweist auf beide Begriffe zugleich: a) auf die seit langem fortschreitende Entwicklung weg von Organisationsformen, in denen Deliberation (als kritische Begleitung/Anregung verfasster Politik) unmittelbares bürgerInnenschaftliches Engagement erfordert und b) auf die ebenfalls seit langem fortschreitende Entwicklung hin auf Kommunikationsformen, die nur noch mittelbar funktionieren, Ein-Weg-Kommunikation sind, medial erzeugt werden, die SprecherInnenrollen extrem ungleich verteilen, nur indirekte Politikerfahrung zulassen, das Mediensystem in seiner Funktion für politische Öffentlichkeit privilegieren und ihm eine große gesellschaftliche Aufmerksamkeit bescheren, obgleich es weit gehend und noch immer zunehmend ein Ort privater Ökonomie ist (vgl. Jarren/Donges 2002a, 30ff.). „Ohne Medien gibt es keine anhaltende, stabile Kommunikation zwischen den Akteuren wie auch zwischen Akteuren und den Bürgern." (ebd., 31). Dass diese „stabile Kommunikation" die scharfe Teilung zwischen Sprechen und Schweigen institutionalisiert, interessiert DemokratietheoretikerInnen offenkundig stärker als MedienwissenschaftlerInnen; dass mediatisierte „Massendemokratien" mit den Idealen von Arendt, Barber und den feministischen UtopistInnen letztlich kaum noch etwas gemeinsam haben, sollte nachdenklich stimmen. Das Sofa vor dem Fernsehgerät ist nicht der Ort der Demokratie, von dem die gesamte Ideengeschichte der Politischen Theorie der Neuzeit geträumt hat.

Aus einer geschlechterpolitischen Perspektive muss diese dramatische Diagnose zur heutigen Form politischer Kommunikation in mehrfacher Hinsicht sogar noch erweitert werden. a) Als Akteurinnen in der medialen und politischen Arena sind Frauen nach wie vor eine, wenn auch wachsende Minderheit. Dieser Status gilt sowohl für die rein quantitative/statistische, als auch für die qualitative Dimension der Betrachtung, d.h. für die öffentlichen Wahrnehmungs- und Anerkennungsformen. Wenn Frauen in der Öffentlichkeit auftreten, werden Sprache, Kleidung, Habitus, Kontext und Inhalte noch immer „anders" gesehen, skeptischer beobachtet und kritischer bewertet als bei Männern. Frauen und Männer tragen ihren höchst ungleichen gesellschaftlichen Status gleichsam körperlich mit sich – jenes Phänomen, das Pierre Bourdieu (2005) bestürzend treffend die „Inkorporation" und „Somatisierung" der Herrschaft genannt

hat. b) Noch immer ist Schweigen in der politischen Öffentlichkeit eine Verhaltensform, die eher für Frauen als für Männer typisch ist; noch immer kommen längere Redebeiträge mit hoher Wahrscheinlichkeit von Männern, nicht von Frauen. c) Wenn schließlich sozial „weibliche" Privatheit unverhüllt in der politischen Öffentlichkeit erscheint, dann meist in den Formen ihrer Intimisierung und Feudalisierung, in verletzender Grenzüberschreitung und/oder bewusst kalkulierter Erzeugung von Zustimmung. Das öffentliche Interesse am Privaten, insbesondere der Akteurinnen, nimmt zu und fungiert als Kontrolle politischer Kompetenzen. Wie extrem geschlechterpolitisch aufgeladen sich die heutige politische Öffentlichkeit darstellt, konnte anlässlich der Vereidigung Angela Merkels beobachtet werden; die berühmt-berüchtigte *BILD*-Schlagzeile vom 23.11.2005 sei hier noch einmal zitiert: „ANGELA MERKEL schwört den Kanzler-Eid. Wo war ihr Mann?"

Demokratisches Handeln/Sprechen ist heute selten ein starkdemokratisches „Miteinander-Sprechen" im Sinne Arendts, Piercys oder Barbers. Das professionelle Sprechen der RepräsentantInnen und das nicht-professionelle Sprechen und Schweigen der BürgerInnen sind durch einen immer tieferen Graben voneinander abgetrennt; konventionelle und unkonventionelle Partizipationsformen treffen allenfalls noch in korporatistischen Arrangements aufeinander. Das Handeln/Sprechen ist weitgehend delegiert, entpolitisiert und geschlechtsspezifisch segregiert. Die Kluft zwischen den idealen Konzepten demokratischen Sprechens (und Schweigens) und den gegenwärtigen öffentlichen Kommunikationsformen wird nicht etwa geringer, sondern stetig größer, während die Trennung zwischen den Sphären des Privaten und des Öffentlichen stetig geringer wird. Im Gegensatz zu dem in den vergangenen viereinhalb Jahrzehnten deutlich gewachsenen Verständnis aktiver BürgerInnenschaft (Bedeutung der Zivilgesellschaft, Zunahme der unkonventionellen Partizipation) scheint das kollektive Verständnis demokratischer Kommunikationsformen abgenommen zu haben. Die Einheit von Sprechen/Handeln ist auseinander gerissen in konventionelles Geschwätz und unkonventionelles Engagement, in mediatisiertes Geschwätz und manipulativ hergestelltes Verstummen. Gleichzeitig sind die Grenzen zwischen Privatheit und Öffentlichkeit aufgeweicht. Es offenbart sich ein gravierendes demokratietheoretisches Problem: Dort, wo keine Grenzlinie verlaufen sollte, tut sich eine Kluft auf und dort, wo eine Grenze vielleicht schützen könnte, wird sie zusehends verwischt.

Dass sich die Prozesse der Zunahme unkonventioneller Partizipation und der Abnahme demokratischer Kommunikation gegenseitig (durch-)kreuzen, mag paradox klingen. Doch scheint die Hochkonjunktur deliberativer Verfahren, von der Lokalen Agenda 21 über Runde Tische bis zur Stadtplanung, allmählich abzulaufen und nicht wenige dieser Verfahren haben sich als das gezeigt, was sie möglicherweise von Anfang an waren: symbolische Politik zur Erzeugung von Zustimmung, in der das ausdrücklich erlaubte endlose Sprechen der BürgerInnen doch nur zu neuem Schweigen führt. Hier offenbart sich ein weiteres demokratietheoretisches Problem: Handeln/Sprechen im Arendt'schen Sinne haben sich in Handeln (phantasievolle, wortlose,

Aufmerksamkeit erzeugende Aktionen engagierter BürgerInnen) und Sprechen (der immer gleichen konventionellen AkteurInnen auf unseren Bildschirmen) auseinander entwickelt.

Demokratische Öffentlichkeit(en) und ihre umkämpften Grenzen

Wie schließlich konzipieren klassische feministische Demokratietheorien das Problem demokratischen Sprechens in der Öffentlichkeit? Ich möchte die kommunikationsbezogenen Überlegungen, die in einigen zentralen Texten präsentiert werden, kurz in Erinnerung rufen. Kaum ein Text ist hier nach wie vor so aufschlussreich wie Nancy Frasers (1994) Aufsatz *Sex, Lügen und die Öffentlichkeit*, in dem Fraser die Chancen untersucht, in einer medialen Öffentlichkeit politisches Gehör zu finden. Im Verlauf der harten Auseinandersetzungen um die persönliche Ehrenhaftigkeit des neu zu berufenden Bundesrichters Clarence Thomas, dem sexuelle Belästigung vorgeworfen wird, kann Thomas – auf Kosten seiner Anklägerin Anita Hill – seine patriarchale Macht verteidigen, „die Grenzlinie zwischen dem öffentlichen und dem privaten Bereich mit Autorität und Erfolg festzulegen"; Thomas erlangt im Konflikt die Macht, „diese Grenze zu kontrollieren und zu schützen" (ebd., 19).

Wie genau gelingt Thomas dies? Welche Voraussetzungen braucht es, um in der politischen Öffentlichkeit, sogar in einer zunächst prekären Lage, erfolgreich Gehör zu finden? Fraser zeigt ausführlich, dass die Strukturierung des Verfahrens selbst von entscheidender Bedeutung ist, d.h. nicht die Macht über Inhalte, sondern die Macht über die Formen und Foren des Sprechens führen zum strategischen Vorteil. Auf diesem Hintergrund können dann auch problematische Inhalte auf unfaire Weise neutralisiert werden; am Beispiel der Anhörungen kann der Sexismus- durch den Rassismusvorwurf ausgetauscht, der eine gegen den anderen UnterstützerInnenkreis ausgespielt und persönliches Ressentiment taktisch angereizt werden. In diesem Sinne lässt sich Fraser (ebd., 39) zufolge, „Öffentlichkeit nicht immer und unzweideutig als Instrument des Machtzuwachses und der Emanzipation verstehen. Für Mitglieder statusbenachteiligter Gruppen wird es immer darum gehen, die potenziellen politischen Möglichkeiten, die die Öffentlichkeit bietet, gegen die Gefahren aufzurechnen, die der Verlust der Privatheit mit sich bringt." Öffentlichkeit wird damit bei Fraser *nicht* als der stets schöne Ort der Emanzipation, sondern interessanterweise auch als ein Ort der Gefahr konstruiert. Ich sehe keine andere feministische politische Theoretikerin, die eine vergleichbar kritische Haltung gegenüber der emanzipatorischen Funktion politischer Öffentlichkeit einnimmt, ohne zugleich eine konservative Position zur Privatheit zu formulieren. In den 200 Jahren der alten und neuen Frauenbewegung war und ist Öffentlichkeit immer als der Ort „gegen ... Tyrannei" (ebd.) thematisiert worden.

Fraser zieht aus ihrem Beispiel mehrere, für die aktuelle Struktur der medialen Öffentlichkeit wichtige Schlussfolgerungen: a) Massenmedien besitzen ein erhebliches

Einflusspotenzial auf die öffentliche Definitionsmacht, selbst einzelner Personen; b) (schwarze) Männer können sehr viel erfolgreicher als (schwarze) Frauen das Private abschirmen und Grenzen kontrollieren; c) die Grenzlinie zwischen Öffentlichkeit und Privatheit ist nicht einmal fixiert, sondern ständig neu umkämpft; d) der öffentliche Raum ist keineswegs homogen, er wird im Gegenteil durch eine diskursive Vielfalt von Öffentlichkeiten und Gegenöffentlichkeiten hervorgebracht. An Stelle der falsch gewordenen Grenzziehung zwischen „weiblicher" Privatheit und „männlicher" Öffentlichkeit setzt Frasers Modell auf die Heterogenität und Unabgeschlossenheit heutiger Öffentlichkeit(en).[1] Ganz ähnlich konzipiert auch Seyla Benhabib (1995, 118) in „Selbst im Kontext" ihr zeitgenössisches Modell demokratischer Öffentlichkeit als „Modell einer Pluralität der Öffentlichkeiten". Benhabib zieht Habermas heran, um ihre Theorie, die das Diskursmodell und den Prozeduralismus feministisch fruchtbar machen will, zu entwerfen; Öffentlichkeit zeichnet sich durch die „Schaffung bestimmter Verfahrensweisen" (ebd.) aus. Der Prozess der „Herstellung" öffentlicher Diskurse und Verfahren wird, wie bei Fraser, besonders betont.

Das anspruchsvolle Bild aktueller demokratischer Öffentlichkeit(en), das Fraser und Benhabib konturieren – Pluralisierung, Heterogenisierung, „Prozeduralisierung" und Diskursivierung des öffentlichen Raums, seine Unabgeschlossenheit und potenzielle Gefährlichkeit, umkämpfte Grenzziehungen und Grenzkontrollen – wird nicht in allen feministischen Theorien geteilt. Anne Phillips (1995) beispielsweise geht es in „Geschlecht und Demokratie" darum, die Grenzziehung zwischen den Sphären des Öffentlichen und Privaten zu verteidigen bzw. gegen feministische Intentionen und aktuelle Entwicklungen neu zu etablieren, denn „Politik und Freundschaft wurden oft nicht mehr getrennt …" (ebd., 201). Phillips (ebd., 204ff.) hält das partizipatorische feministische Demokratiekonzept für anfällig, u.a. Exklusionen, Hierarchien und falschen Konsens zu erzeugen. Während sich die analytischen Texte Frasers und Benhabibs auf die neuen Wirklichkeiten demokratischen Sprechens beziehen, argumentiert Phillips normativ gegen die klassischen feministischen Praktiken, Bewegungen, Utopien. „ … je utopischer die Form der Demokratie, desto autoritärer das mögliche Resultat" (ebd., 218), lautet die Formel. Die von Fraser und Benhabib entworfene Analyse der Pluralisierung, Heterogenisierung, „Prozeduralisierung" und Diskursivierung des öffentlichen Raums gibt dazu die aktuelle Realität wieder und formuliert einen gleichsam a-utopischen Impuls für feministische Theorien demokratischen Sprechens. Insbesondere Frasers Überlegungen könnten den Ausgangspunkt einer neu zu skizzierenden feministischen Öffentlichkeits- und Demokratietheorie bilden: einer feministischen Theorie politischer Kommunikation in mediatisierten „Massendemokratien".

Formen politischer Kommunikation in mediatisierten „Massendemokratien"

Die Zurückhaltung gegenüber mediatisierten Formen politischer Kommunikation, die in den Entwürfen der UtopistInnen zum Ausdruck kommt, sollte als wichtige Orientierung verstanden werden, die eine Vorstellung von optimalen Kommunikationsbedingungen in feministischer Theorie und Praxis dauerhaft lebendig hält. Das ideale Sprechen und Schweigen in der Demokratie, so sagen die einschlägigen Bilder, sollte u.a. Face-to-Face, inklusiv, nachdenklich, kontrovers, ausführlich, vernünftig, einfühlsam, kreativ und anhaltend sein. An diesem Maßstab kann sich das demokratische Gespräch in mediatisierten „Massendemokratien" zwar messen, aber nicht unmittelbar ausrichten. Denn die von Piercy und Le Guin, Callenbach und Barber erzeugten utopischen Bilder partizipatorischer Demokratie und die von Fraser und Benhabib analysierten Bilder aktueller politischer Öffentlichkeit(en) müssen zueinander ins Verhältnis gesetzt werden, um zu ersten Fragmenten einer feministischen Theorie politischer Kommunikation zu gelangen – einer Theorie, die nicht nur den dramatischen Abstand zwischen Utopie und Realität vermisst, um dann gleichsam in eine politiktheoretische Depression zu verfallen, sondern auch Aussagen über die nicht-partizipatorische Gegenwart macht.

Arendts Aversion gegen „große Anhäufungen von Menschen" als Problem demokratischer Kommunikation stand am Anfang meiner Überlegungen, um auf die Diskrepanz zwischen den unmittelbaren Gesprächsformen auf der griechischen, utopischen und starkdemokratischen Agora einerseits und den mittelbaren/mediatisierten Gesprächsformen in heutigen Repräsentativdemokratien andererseits zu verweisen. Dass demokratische Gesellschaften, die aus vielen Millionen Menschen bestehen, einige politische Phantasie aufwenden müssen, um den utopischen Gesprächsformen überhaupt nahe kommen zu können, ist evident; dass Barber keinen Zweifel daran hat, dass dies möglich ist, sollte ebenfalls deutlich geworden sein. Aus Barbers optimistischer Sicht sind „Massendemokratien" deshalb nicht, auch wenn Arendt uns dies glauben machen möchte, per se mit einem Demokratie-Problem behaftet, „Massendemokratien" stehen allerdings vor immensen demokratietheoretischen *Verfahrensfragen*. Hier trifft sich die Debatte, wie unschwer erkennbar sein dürfte, direkt mit dem Konzept der Deliberativen Demokratie (vgl. Habermas 1992, 1994), das ja einen Versuch darstellt, Demokratie unter den aktuellen „massendemokratischen" gesellschaftlichen Verhältnissen optimal zu gestalten. Gemeinschaftliche Beratung und gemeinsames Nachdenken sowie die diskursive Vernunft des besseren Arguments in einer idealen Situation des Sprechens stehen im Zentrum. In der Theorie der Deliberativen Demokratie kommen die wichtigen Ebenen der mediatisierten Kommunikation und der Übersetzung der Ergebnisse in die konventionellen Arenen des Politischen hinzu, Elemente, die im utopischen und theoretischen Feminismus bislang noch zu wenig durchdacht werden.

Welche Fragmente einer feministischen Theorie politischer Kommunikation in mediatisierten „Massendemokratien" lassen sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt festhalten, welche Fragen müssen in Zukunft gründlicher bearbeitet werden? a) Das Sprechen und Schweigen in der Demokratie wird in feministischen Texten bislang häufig ideal/utopisch gedacht und spiegelt eher kleinräumige Gesprächssituationen wider. Die politische Öffentlichkeit, die hier unterstellt wird, ist selten die Öffentlichkeit heterogener, pluralisierter, mediatisierter Räume. Die Texte argumentieren eher normativ als analytisch. Man/frau sitzt (wie bei Piercy beispielsweise) um einen Tisch und debattiert lokalpolitische Fragen, anstatt sich wie Anita Hill in gefährliche mediatisierte öffentliche Auseinandersetzungen zu begeben. b) Die geschlechterpolitischen Dimensionen öffentlicher Kommunikation sind evident und unstrittig: der geschlechtshierarchische Zugang zu den konventionellen Arenen des Politischen, die Herrschaft abbildenden und reproduzierenden Habitualisierungen, die geschlechtshierarchische Verteilung von Sprechen und Schweigen, die Aufladung der Sphärentrennung Öffentlichkeit/Privatheit mit sozialer Männlichkeit/Weiblichkeit; erst die neueren Analysen politischer Öffentlichkeit(en) konturieren einen komplexen diskursiven Raum, in dem die Grenzlinien zum Privaten (gefahrvoll und) umkämpft sind. c) Das Problem, das große BürgerInnenschaften für die Realisierung demokratischer politischer Kommunikation darstellen, wird kaum berücksichtigt; Formen mittelbarer/mediatisierter Kommunikation sind bislang nicht, wie etwa bei Barber, in eine elaborierte feministische Theorie der Demokratie eingearbeitet worden. Immerhin zeichnet sich in einigen wenigen Theoriekonzepten eine Strukturanalyse der Öffentlichkeit in mediatisierten „Massendemokratien" ab, eine Strukturanalyse, die Öffentlichkeit vor allem nicht mehr ungeteilt positiv skizziert, sondern die demokratie- und geschlechterpolitischen Gefahren mittelbarer Öffentlichkeit(en) sieht: Geschwätz und Verstummen einerseits, Gefährdetheit und umkämpfte Grenzen andererseits.

Die Diskurse gehen noch nicht zusammen: hier die Demokratietheorie, die das unmittelbare Sprechen/Handeln fokussiert, dort die Analyse der Medienwirklichkeit und ihrer demokratie- und geschlechterpolitischen Problematiken. Vielleicht könnte es angesichts dieser spärlichen politiktheoretischen Lage hilfreich sein, die dargelegten Kommunikationsformen für eine einschlägige feministische Theorie zu sortieren und entlang der demokratischen Messlatte Inklusion/AktivbürgerInnenschaft zu hierarchisieren. Am unteren, negativen Ende der Hierarchie würde sich Arendts Vorstellung der stummen Gewalt finden, während die optimale Form durch die utopische Vorstellung einer „schwatzhaften" partizipatorischen Demokratie bezeichnet wäre, die sich in Face-to-Face-Gesprächen – Miteinander-Sprechen und zugewandtes Schweigen – selbst regiert. Die zweitunterste Stufe wäre die von Habermas beschriebene manipulativ hergestellte, feudalisierte Öffentlichkeit, in der sich Barbers „Geschwätz" vor passivem stummem Publikum ereignete. Darüber ließen sich entlang der Messlatte Inklusion/AktivbürgerInnenschaft diejenigen Kommunikationsformen eintragen, in denen nicht unmittelbar gesprochen, aber eben auch nicht passiv ge-

schwiegen werden muss, Formen demokratischen Sprechens und Schweigens, die mittelbar/mediatisiert funktionieren; diese müssten schließlich nach dem Maß ihrer interaktiven Möglichkeiten und persönlichen Gefährdungen sortiert werden. Kurz gesagt ergibt sich folgender Aufbau von „unten" nach „oben": stumme Gewalt, Geschwätz und passive Rezeption, mittelbare Kommunikationsformen nach dem Grad ihrer Interaktivität, unmittelbare Kommunikationsformen nach dem Grad ihrer partizipatorischen Chancen. Am oberen Ende der demokratischen Hierarchie befänden sich diejenigen Kommunikationsformen, die nicht nur durch eine stets offene Tagesordnung zu kennzeichnen wären, sondern vor allem auch sich selbst zum Thema machten. Die kritische Reflexion des Gesprächsverlaufs, die Nachfrage nach den Chancen der Inklusion, die Metaebene des Sprechens, das Sprechen über das Sprechen und Schweigen, der Prozeduralismus der Deliberation, die Barber'sche (1994, 183) Vorstellung, „keine Autorität außer der des Gesprächsprozesses selbst", bezeichneten somit das Optimum, das das Sprechen und Schweigen in der Demokratie erreichen kann.

Es sind ganz wesentlich die prozeduralistischen Überlegungen Frasers und Benhabibs, die eine neue Debatte anregen könnten. Während der Bezug auf Deliberation und Verfahrensgerechtigkeit bei Benhabib positiv und ausdrücklich zustimmend ist, analysiert Fraser gleichsam die andere Seite der Organisation politischer Verfahren: wie sie für Machtchancen missbraucht und wie das „Wahre, Schöne, Gute" pluralisierter Öffentlichkeit(en) in ihr anti-emanzipatorisches Gegenteil verkehrt werden können. Während Öffentlichkeit in der Geschichte des Feminismus immer als wichtiger Ort „gegen ... Tyrannei" konzipiert wurde, könnte sich diese Perspektive heute als demokratiepolitisch anachronistisch erweisen. Pointiert ausgedrückt: Mit Fraser und Benhabib ist Öffentlichkeit in mediatisierten „Massendemokratien" heute als ein Ort der Aushandlung von Verfahren und mit Fraser als ein Ort potenzieller Gefahr zu denken. Nur demokratische Selbstreflexivität ermöglicht die Privilegierung von Verfahrensgerechtigkeit gegenüber machtvoller Okkupation der Öffentlichkeit in Gestalt von Geschwätz und Gefahr. Mit Fraser können feministische DemokratietheoretikerInnen die Gefährlichkeit und Gefährdetheit des Sprechens und Schweigens in Öffentlichkeit(en) denken lernen, die a) nicht (mehr) unmittelbar sondern mediatisiert und b) (noch) nicht stark- sondern massendemokratisch organisiert sind.

Betrachtet man/frau heute existierende Formen mittelbarer/mediatisierter politischer Kommunikation, so ließe sich zum Schluss fragen, welche dieser Kommunikationsformen in mediatisierten „Massendemokratien" dem Anspruch auf Selbstreflexivität am ehesten entsprechen. In den klassischen Foren des Rundfunks und Fernsehens ist Interaktivität noch nicht standardisiert; politische Diskussionsforen existieren zwar, doch eher sporadisch, nicht selbstreflexiv und mit ungleichen Verteilungen von Sprechen und Schweigen (im öffentlich-rechtlichen System eher als im privaten, im Rundfunk eher als beim Fernsehen). Das Fernseh-Sofa ist weder verfahrensgerecht noch zwei-Wege-kommunikativ. In Netz-vermittelten Foren ist selbstreflexives politisches

Sprechen/Handeln/Schweigen als regelmäßige demokratiepolitische Option gut vorstellbar, doch ist der Netz-Zugang heute noch stark geschlechtsspezifisch strukturiert (vgl. *zweiwochendienst*, H. 225, 6.12.05; Hoecker 2006). Erst wenn es, wie in Ökotopia, möglich ist, die Kanzlerin direkt vor den Bildschirm zu zwingen, um unmittelbar mit ihr zu streiten, nähern sich die politischen Kommunikationsformen in mediatisierten „Massendemokratien" demokratischen Vorstellungen an. Sprechen, das kein Geschwätz und Schweigen, das keine Stummheit ist, müssen auch für mediatisierte „Massendemokratien" wünschbar sein. Zumal für Frauen, die in der politischen Öffentlichkeit so lange stumm gehalten wurden; Sabine Christiansen ist allerdings ein schlechtes Beispiel dafür.

Anmerkungen

1 Zur Bedeutung Frasers für eine feministische Theorie der Öffentlichkeit vgl. auch Holland-Cunz 1996; dazu und zur Pluralisierung von Frauenöffentlichkeiten vgl. auch Klaus 2004.

Literatur

Arendt, Hannah, 1989: *Vita activa oder Vom tätigen Leben*. München, Zürich, 6. Aufl. (1. Aufl. 1958).

Arendt, Hannah, 1994: *Über die Revolution*. München, Zürich, 4. Aufl. (1. Aufl. 1963).

Barber, Benjamin, 1994: *Starke Demokratie. Über die Teilhabe am Politischen*. Hamburg (1. Aufl. 1984).

Benhabib, Seyla, 1995: *Selbst im Kontext. Kommunikative Ethik im Spannungsfeld von Feminismus, Kommunitarismus und Postmoderne*. Frankfurt/M. (1. Aufl. 1992).

Bourdieu, Pierre, 2005: *Die männliche Herrschaft*. Frankfurt/M. (1. Aufl. 1998).

Callenbach, Ernest, 1982: *Ökotopia. Notizen und Reportagen von William Weston aus dem Jahre 1999*. Berlin (1. Aufl. 1975).

Fraser, Nancy, 1994: „Sex, Lügen und die Öffentlichkeit: Überlegungen zur Bestätigung des Bundesrichters Clarence Thomas". In: Institut für Sozialforschung (Hg.): *Geschlechterverhältnisse und Politik*. Frankfurt/M., 19-42 (1. Aufl. 1992).

Habermas, Jürgen, 1987: *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. Darmstadt, Neuwied, 17. Aufl. (1. Aufl. 1962).

Habermas, Jürgen, 1992: „Drei normative Modelle der Demokratie: Zum Begriff deliberativer Politik". In: Münkler, Herfried (Hg.): *Die Chancen der Freiheit. Grundprobleme der Demokratie*. München, Zürich, 11-24.

Habermas, Jürgen, 1994: *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. Frankfurt/M., 4. durchges. u. erw. Aufl. (1. Aufl. 1992).

Hoecker, Beate, 2006: „Mehr Partizipation via Internet? Theoretische Erwartungen und empirische Befunde". In: Hoecker, Beate (Hg.): *Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Eine studienorientierte Einführung*. Opladen, 289-307.